

Das Vermächtnis der Systemtransformation schafft die Gelegenheitsstrukturen für einen Parteytyp, der quer zur historischen Entwicklung der Parteifamilien in Westeuropa steht. Die Linken wendeten sich den Reformen, aber auch den demokratischen und liberalen Werte der kapitalistischen Welt des Westens zu, allerdings mit deutlicher Rücksichtnahme auf die Mehrheit der Verlierer, der Arbeiter, der Rentner und Staatsbediensteten. Das konservative Element ist nicht als Opposition zur Demokratie, sondern als Protest gegen das Staatsversagen entstanden. Der Rückbezug auf die nationale Gemeinschaft ist das Gemeinsame. Das liberale Element muss sich in seiner Befürwortung der Marktwirtschaft stärker mit den negativen sozialen Folgen des staatlichen Fürsorgeentzugs auseinandersetzen. Daher verschieben sich die Schwerpunkte des Parteiensystems gegenüber denen aus Westeuropa bekannten, und die Einordnung der Parteien beruht auf der Betonung des am stärksten hervorstechenden Programmelements. Jetzt, nach dem Beitritt Polen zur EU, werden die polnische Parteien sich den europäischen Parteienfamilien anschließen und hier – auch wegen der ähnlichen Problemlagen in der erweiterten Union - einem Anpassungsdruck in Richtung des westeuropäischen Modells unterliegen. Die Orientierung an kompatiblen Entwicklungspfaden kann sich auf die Konsolidierung des politischen System in Polen positiv auswirken.<sup>156</sup>

Im Folgenden werden die verschiedenen Aspekten der Erweiterung der Europäischen Union und der Europadebatte in Polen dargestellt. Dabei werden zum einen die Konflikte und Kontroversen, die die nationale Debatte über die EU prägen, zum anderen die lokalen kulturellen und geschichtlichen Bedingungen analysiert. Anschließend werden auf der Basis des Materials anhand der empirischen Analysen die Europapositionen der einzelnen Parteien untersucht

## **4. Der Charakter des EU-Themas in Polen**

### 4.1. Europäische Integration und Europabilder

---

<sup>156</sup> Oder zu einer inneren Kohärenz innerhalb der Parteifamilien und stärkeren Konfliktaustragung im politischen Raum der EU, vgl. dazu im Kapitel III 6.3.4. Bewertung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für die EU Politik.

Die europäische Integration beschreibt eine Entwicklung, bei der sich „eine friedliche und freiwillige Annäherung bzw. Zusammenführung von Gesellschaften, Staaten und Volkswirtschaften über bislang bestehende Grenzen hinweg“ vollzieht (Gierig 2000: 262)<sup>157</sup>. Dieser Prozess wird begleitet und initiiert von bestimmten Vorstellungen und Überzeugungen innerhalb der Staaten, die sich zu einer solchen Integration entschlossen haben. Seit den 50er Jahren waren Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand ausschlaggebende Beweggründe bzw. Ziele für die Gemeinschaftsbildung. Ergänzt wurden sie in den 80er Jahren im Zuge der Süderweiterung um Ziele wie Demokratisierung und Konsolidierung.

Die gemeinsamen Werte und politischen Ziele der Sicherheit, des Friedens und der stabilen europäischen Ordnung, die die Überwindung des Europas der Nationalismen gewährleistet und der deutsch-französischen Aussöhnung dient, standen an der Wiege des europäischen Integrationsprozesses. Es gibt jedoch bei allen Mitgliedstaaten eine ganze Reihe von Spezifika bezüglich des Verständnisses und der Ausrichtung der eigenen Europapolitik. So wurde die europäische Integration in Frankreich als „Schutzmechanismus zur Wahrung der eigenen Interessen“ gesehen, die auf dauerhafte und wirkungsvolle Weise vor einer erneuten deutschen Aggression schützen sollte (Schwarz 1980: 24). Die in Frankreich maßgeblichen Grundverständnisse der Europapolitik sind von einer besonders markanten Spannung zwischen europäischer und nationalstaatlicher Orientierung gekennzeichnet. Während sich die Europapolitik der deutschen Bundesregierung an der Kompensation souveränitätspolitischer Defizite und der Schaffung eines supranationalen Bundesstaates orientierte, war das Ziel Frankreichs immer eine mehr oder weniger enge Kooperation von prinzipiell souverän bleibenden Nationalstaaten (Schwarz 1978: 145).

Die Bundesrepublik Deutschland suchte im Engagement für ein föderales Europa die internationale Anerkennung als demokratischer Rechtsstaat in einer Einbettung in die westliche Staatengemeinschaft. Gleichrangiges Ziel war die europäisch eingebundene Wiedervereinigung Deutschlands (Schwarz 1980: 25). Innenpolitische Erwägungen waren auch die treibende Kraft in Italien, das durch instabile Verhältnisse und Krisen im Land geschüttelt war und einen beruhigenden außenpolitischen Faktor erwartete. In den Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion prägte vor allem die geopolitische Lage der drei Länder die Entwicklung europapolitischer Strategien und Vorstellungen über die friedliche Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen Westeuropas. Von Anfang an setzten die europapolitischen Akteure der Benelux-Staaten vor allem auf supranationale Mechanismen der Integration, um das Gewicht der größeren Mitgliedstaaten austarieren zu können und einer deutsch-französischen Dominanz entgegen zu wirken (u.a. Clout 1986). Großbritannien orientierte sich zunächst weitestgehend an wirtschafts- und handelspolitischen Interessen. Sicherheitspolitisch verfolgte London eher das Ziel einer losen, intergouvernementalen Kooperation in enger Anlehnung an die NATO und die USA. Die britischen, politikmaßgeblichen Europakonzeptionen konzentrieren sich nach wie vor auf das wirtschaftliche Europa (George 1990). Für Irland und Dänemark spielten bei dem Beitritt in die Gemeinschaft vor allem wirtschaftspolitische Erwägungen

---

<sup>157</sup> Im Vertrag von Maastricht wird dies in der Präambel mit der Entschlossenheit zur „Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ angeführt, vgl.: Der Vertrag, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bonn 1993: 173.

eine Rolle. Wobei für Irland die Teilnahme an der europäischen Einigung von Anfang an auch ein Mittel zum Abbau der einseitigen Abhängigkeit von Großbritannien war und zur Vermeidung der Gefahr von den Entwicklungen in Europa abgekoppelt zu werden (Laffan 1997: 103). Für Spanien, Portugal und Griechenland mögen die Beitrittsmotive Demokratisierung und Konsolidierung der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung, sowie auch des Anschluss an Europa inzwischen in den Hintergrund getreten sein. Nach wie vor nehmen aber wirtschaftliche Entwicklungsprobleme einen großen Stellenwert im jeweiligen europapolitischen Denken ein (Jopp 1998: 159). Beim Beitritt Österreichs und Finnlands zur Union spielten über wirtschaftliche Motive hinaus, trotz oder gerade wegen der Neutralitätstradition, vor allem sicherheitspolitische Gründe eine Rolle. Beide Länder erwarten von ihrer EU-Mitgliedschaft eine Stärkung ihrer Sicherheit im politischen Sinne und versprechen sich bessere Möglichkeiten, einen größeren Einfluss auf das internationale Geschehen, insbesondere in ihrem Umfeld, nehmen zu können (Luif 1997: 137-56).

Die Perspektive der Osterweiterung hat die Europapolitik, wie auch die sie bestimmenden nationalen Philosophien, stark beeinflusst. Die Mitgliedstaaten haben offiziell 1993 in Kopenhagen die Osterweiterung der EU aus strategisch-politischen Gründen, aus Gründen der Sicherung von Stabilität und Frieden sowie zur Unterstützung von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung und nicht zuletzt aus dem Gefühl der moralischen Verpflichtung beschlossen. Obwohl die Leitmotive des Systemwechsels – Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft – an den in der Satzung des Europarates festgeschriebenen Wertebestand direkt anknüpften und in der Pariser Charta für ein neues Europa für alle Staaten Europas bekräftigt wurden, war die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union mehr als nur eine nächste Erweiterungsrunde im Integrationsprozess. Die Osterweiterung bedeutete für die Mitgliedsländer nicht nur die nächste Erweiterung einer institutionell konsolidierten und politisch selbstbewussten EU. Die Union befindet sich trotz der beträchtlichen Fortschritte im Bereich der Wirtschaftsintegration bezüglich der wirklichen Integration auf politischer Ebene und der institutionellen Bestätigung der europäischen Identität in der Außen- und Sicherheitspolitik im Umbau. Daher wurde der Osterweiterung in den Mitgliedstaaten aufgrund politischer, ökonomischer und strategischer Überlegungen ein sehr hoher Stellenwert in der Rangskala integrationspolitischer Ziele eingeräumt. Draus (2000: 2) stellte diese Situation plastisch dar:

*Jede Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und später der Europäischen Union hat von den Bewerberländern gefordert, dass sie auf den Zug der Integration aufspringen, ohne sich selbst die Beine zu brechen und ohne ihn zur Entgleisung zu bringen. Heute ist das Tempo der Integration besonders hoch, während die physische Kondition mehrerer Bewerberländer besonders schwach ist.*

Die Osterweiterung wurde auch in den Beitrittsländern von heftigen Debatten begleitet. Ein wesentlicher Grund dafür lag darin, dass dieser Prozess einerseits grundlegende Veränderungen der existierenden Institutionensysteme und der Interessenlagen der die Beitrittsvereinbarungen aushandelnden Parteien nach sich zieht. Andererseits geht die Integration mit tiefgreifenden sozialen Veränderungen einher, die ein großes Ausmaß an Unsicherheiten, Ängsten und Hoffnungen mit sich bringen. Auseinandersetzungen, Debatten und Konfliktsituationen sind also natürliche, unvermeidliche Begleiterscheinungen des europäischen Integrationsprozesses (Nalewajko 2003, 153).

An dieser Stelle soll kurz Bezug auf das gesamte Spektrum der Europadebatte in Polen genommen werden. Dafür werden zum einen die Konflikte und Kontroversen, die die nationale Debatte über die EU prägen, und zum anderen die lokalen kulturellen und geschichtlichen Bedingungen analysiert. Anschließend werden die soziostrukturellen Charakteristika dieses Themas dargestellt.

## 4.2. Europadebatte in Polen

Wirtschaftliche Motive, sicherheitspolitische Gründe und politische Ziele, wie sie bei den westeuropäischen Ländern vor dem Beitritt zur EG/EU vorhanden waren, kann man auch in der polnischen Europadebatte ausfindig machen. Es handelt sich bei der Osterweiterung der Europäischen Union jedoch um einen besonderen Prozess. Er unterscheidet sich nicht nur stark von den vorangegangenen Erweiterungen, sondern geht weit darüber hinaus was die politische, wirtschaftliche und soziale Dimension sowie die allgemeine historische Bedeutung angeht.

Die Besonderheit der Osterweiterung lässt sich gleichfalls auf einige Faktoren objektiven sowie subjektiven Ursprungs zurückführen. Sie ergibt sich einerseits zunächst aus der Zahl der Bewerberländer und ihrer sozioökonomischen Entwicklung und ihres politischen Rückstands. Andererseits hat die Union selbst beim gegenwärtigen Stand ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Integration gleichfalls viele Besonderheiten und Ungewissheiten vorzuweisen. Weiterhin ist die Osterweiterung mit einer Reihe von subjektiven Merkmalen verbunden, die der Staatsräson der mittelosteuropäischen Länder entsprechen und mit der historischen Identität dieser Länder zusammen hängen (Draus 2000: 8).

Beispielsweise haben einige unter den Beitrittsländern Interessen und politische Ambitionen, die nicht ganz der allgemeinen Richtung der Politik der Europäischen Union im Bereich der Grenzüberwachung und der Zuwanderung entsprechen. Die Visionen eines erweiterten Europas, die die Bewerberländer artikulieren, zeigen auch Empfindlichkeiten auf, die nicht völlig mit den Visionen der europäischen Integration übereinstimmen, die zurzeit von den wichtigsten Mitgliedstaaten der Union vertreten und diskutiert werden. Schließlich betrifft die Erweiterung Länder, die gerade erst ihre nationale Souveränität wiedererlangt oder die sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte erhalten haben. Das eher dogmatische oder teilweise quasi mystische Verhältnis dieser Länder zur Souveränität führt dazu, dass sie wenig geneigt sind, in einem internationalen institutionellen Rahmen zu handeln, der den Begriff der nationalen Souveränität selber eher relativiert. Die Unterschiede, die hier aufgezeigt worden sind, werden im Folgenden in Bezug auf die Europadebatte in Polen diskutiert.

Aus polnischer Sicht beendet die Mitgliedschaft vor allem die seit der Jalta-Konferenz bestehende Teilung Europas. Zudem würde dies die Zone der Sicherheit, der Stabilität und der

gutnachbarlichen Beziehungen, ähnlich wie auf dem Gebiet der EU, nach Osten hin erweitern helfen. Der künftige Nutzen wird im Interesse ganz Europas liegen. In Polen wird allgemein die Ansicht vertreten, dass die Mitgliedschaft Polens in der EU die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung positiv beeinflussen sowie die Zivilisationsunterschiede zwischen Polen und den westeuropäischen Ländern aufheben wird. Politisch gesehen bildet die Mitgliedschaft in der EU die beste Garantie dafür, dass das demokratische System in Polen gefestigt wird. Auf diese Weise würde nämlich die Unwiderruflichkeit des Transformationsprozesses gesichert, indem die Ideale gefestigt würden, die Polen mit der EU und dem ganzen westlichen, wirtschaftlichen, politischen und Verteidigungssystem verbinden: Demokratie, Rechtsstaat, Achtung der Menschen- und Minoritätenrechte sowie die Marktwirtschaft. Die Mitgliedschaft in der EU sollte außerdem dazu beitragen, die internationale Bedeutung Polens anzuheben und seinen neuen Platz in Europa eindeutig zu bestimmen, da es sich um die Mitgliedschaft in der wichtigsten europäischen internationalen Organisation handelt, die bedeutende Erfolge in ihrer bisherigen Tätigkeit aufweist und deren erfolgreiche Umsetzung ihrer Ziele beeindruckt. Ähnlich wie dies im Falle alter Mitgliedsstaaten der Union, auch der mittelgroßen und kleinen Länder, der Fall ist, wird sich Polen an der Entstehung und dem Beschluss gemeinsamer Entscheidungen beteiligen, die für die internationalen Beziehungen, sowie die Interessen Polens von großer Bedeutung sind. Außerhalb der EU wäre dies in einem solchen Umfang nicht möglich.<sup>158</sup>

Die Erweiterung der Europäischen Union wird also als Schaffung besserer Bedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie von zusätzlichen Garantien für Demokratie und politische Stabilität verstanden. Das sind die Aspekte, die in der Wahrnehmung der heutigen Erweiterung in den Beitrittsländern vorhanden sind. Aber für Polen, und auch für die anderen mittel- und osteuropäischen Länder, liegt das Wesentliche dieses Prozesses in einem anderen Punkt: Sie betrachten ihren Beitritt zur Europäischen Union als historisch bedeutsam. Der Beitritt zur Europäischen Union wird als ein moralisches und historisches Recht betrachtet, als ein Akt der historischen Gerechtigkeit bzw. als Wiedergutmachung für 50 Jahre Leiden unter dem kommunistischen System. Die Erweiterung wird als Tilgung einer historischen Schuld verstanden, die der Westen ihnen gegenüber auf sich geladen habe, indem er die Sowjetisierung Mittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zuließ.<sup>159</sup>

*Es waren die westlichen Mächte, die die Wahl getroffen hatten, eine Hälfte Europas dem sowjetischen Einfluss zu überlassen. Der Westen trägt einen Teil der moralischen Verantwortung für diese Situation (...). Die Teilung Europas wurde anschließend (besonders auf wirtschaftlichem Gebiet) bestätigt und dadurch verstärkt, dass die Satellitenstaaten Mitteleuropas auf Druck der Sowjetunion den Marshallplan ablehnen mussten (...). Dadurch sind die Länder Westeuropas abermals in gewisser Weise gegenüber den Ländern schuldig geworden, die sich auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs befanden (Kulakowski<sup>160</sup> 1998: 241).*

---

<sup>158</sup> Aus dem offiziellen Dokument der Abteilung für Promotion des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, im Internet unter: <http://www.msz.gov.pl/> (12.02.2002).

<sup>159</sup> Wiedergegeben durch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.05.2000 und *Financial Times Deutschland* v.3.04.2000.

<sup>160</sup> Jan Kulakowski - Chefunterhändler für die Beitrittsverhandlungen und erfahrener ehemaliger EU-Botschafter.

Die Erweiterung ist ein wichtiger und notwendiger Schritt, um die Teilung Europas zu überwinden. Diesem Prozess wird eine historische und geistige Dimension beigemessen, die weit über den gemeinschaftlichen Besitzstand hinausgeht und auch über alles, was dieser Besitzstand zu implizieren vermag (Draus 2000: 3). „Es muss sich von nun an etwas ändern in der Art Europäer zu sein, in der Weise Europa zu denken und zu machen“ (Kuřakowski 1998: 250). Die "Rückkehr nach Europa" war der letzte große Mythos der Revolution von 1989: die Vorstellung einer Wiedervereinigung der beiden durch den Kommunismus getrennten Teile des Kontinents. Johannes Paul II. sprach metaphorisch von den "beiden Lungenflügeln Europas". Die gemeinsame Kultur, Religion und Tradition, das tausendjährige gemeinsame historische Los sollten die Grundlage dieser Wiedervereinigung bilden. Beim Wiedereinzug in das gemeinsame Haus hatte der Westen natürlich besonders viel zu anzubieten: Sicherheit, demokratische Institutionen, die freie Marktwirtschaft und die Chancen auf wirtschaftliche Entwicklung. Doch auch das andere Europa brachte einiges mit. Als Mitgift sollte es seinen lebendigen christlichen Glauben, die Bindung an die europäische Kultur und Tradition, die Bereitschaft, beides zu verteidigen, und die Erfahrung im Kampf mit dem Totalitarismus einbringen. Timothy Garton Ásh (1990) schrieb von einem Europa, das geteilt war in „diejenigen, die an Europa glaubten und diejenigen, die es hatten.“ Der leidenschaftliche Glaube an die in der europäischen Tradition verankerten Werte sollte der Beitrag des anderen Europa zu dem gemeinsamen Haus sein (Smolar 2001).

In dieser Wahrnehmung wird schließlich der gemeinschaftliche Besitzstand relativiert, ebenso wie die Erweiterungsmethode, die darin besteht, die Integrationsfähigkeit der Bewerberländer danach zu bewerten, wie viele Gesetze dem Gemeinschaftsrecht angepasst oder wie viele Institutionen im Hinblick auf die Durchführung gemeinschaftlicher Politik verändert wurden. Laut Bronisław Geremek<sup>161</sup> erfordert die Erweiterung der Union „nicht nur Zahlen und objektive Kriterien, sondern Großzügigkeit und Enthusiasmus“. Vaclav Havel teilt diese Erweiterungsphilosophie vollständig, wenn er schreibt:

*Ich meine, dass die politischen Eliten partikulare Interessen der einmaligen historischen Dimension der Wiedervereinigung Europas unterordnen sollten. Es scheint mir gefährlich zu sein, dass man aufgrund der technischen Aspekte der Verhandlungen – die die Verwaltung, die Industrie, die Landwirtschaft betreffen (...) – die historische Bedeutung, die Daseinsberechtigung der Wiedervereinigung vergisst.<sup>162</sup>*

Dieses affektive Europabild repräsentierte der Slogan „Rückkehr nach Europa“: Europa als eine wünschenswerte Gegenwelt zu einer trostlosen staatssozialistischen Realität mit ihrer kommunistischen Ideologie, sowjetischen Hegemonie und marxistisch-leninistischen Staats- bzw. Gesellschaftsorganisation. Die Vorstellung einer „Rückkehr nach Europa“ implizierte, dass das eigene Land über lange Perioden seiner Geschichte und in seiner zivilisatorisch-kulturellen Orientierung Teil Europas gewesen war, aber aufgrund unglücklicher historischer Ereignisse künstlich von Europa abgekoppelt worden war. Andererseits auf den Slogan von der „Rückkehr nach Europa“ antwortete die polnische christlich-nationale Recht Anfang der 90er Jahre, Polen sei seit 1000 Jahren in Europa

---

<sup>161</sup> Außenminister der Republik Polen in der Buzek Regierung (AWS-UW) und Vorsitzender der Parlamentsfraktion der Freiheitsunion (1994-1997). Bronisław Geremek gilt als Symbolfigur für den geistigen Widerstand gegen das sozialistische System in Polen.

und brauche niemanden um Einlaß zu bitten. Diese Haltung ist exemplarisch für das Gefühl moralischer Überlegenheit nicht nur wegen der Erfahrung totalitärer Verhältnisse, sondern gerade auch wegen der Abwesenheit einer individualistischen, hedonistischen und übertrieben säkularen Moderne und Postmoderne. Daraus speist sich der Habitus, Teil eines zumindest dem Westen überlegenen Europäertums zu sein (vgl. Greudenstein 2004: 253).

„Rückkehr nach Europa“ bedeute vor allem die Mitgliedschaft in den beiden entscheidenden Institutionen euroatlantischer Modernität: NATO und Europäischer Union. Polens Ziel, durch Einbindung in EU und NATO „wieder“ ein Teil Westeuropas zu werden, ist für viele Polen historisch begründet. So weist Janusz Tazbir (1993: 46f) anhand eines historischen Rückblickes nach, dass es in Polen bereits ein europäisches Bewusstsein gab, lange bevor dies in westeuropäischen Ländern der Fall war. Er betont zudem, dass Polen immer schon eine Mittelstellung zwischen Orient und Okzident eingenommen habe und sich daher auch als ehemaliges Bollwerk gegen den asiatischen Osten verstehe. Im historischen Langzeitgedächtnis des polnischen Volkes ist die Rolle seines Königs Jan Sobieski bei der Verteidigung Europas gegen die Türken 1683 ebenso gegenwärtig, wie es die polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert sind, die als Beitrag zum gesamteuropäischen Kampf für Freiheit und Demokratie „Za wolność waszą i naszą“ (für Eure und Unsere Freiheit) begriffen werden.

Diese - verglichen mit der westeuropäischen Debatte - zahlreichen Verweise scheinen „europäische Zugehörigkeit“ als eine Legitimationsressource zu mobilisieren, auf die die politischen Eliten der Region zurückgreifen können. Diese affektive Selbst-Identifizierung mit Europa wurde zwar durch einen Rationalisierungsprozess moderiert, aber sie scheint noch immer stärker ausgeprägt zu sein als die Vorstellung einer Zugehörigkeit zu Europa in den westeuropäischen Ländern. Sie weist eine gewisse Ähnlichkeit mit dem „permissiven Konsens“ auf, der in den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach dem Zweiten Weltkrieg existierte, der Überzeugung von der friedensbildenden Funktion politischer Integration, die den politischen Eliten die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte ermöglichte (Lindberg/Scheingold 1970). Die politischen Eliten in den Beitrittsländern scheinen noch über einen ähnlichen Vertrauensvorschuß zu verfügen, der in den EU-Mitgliedstaaten im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte erodierte (Niedermayer 1995).

Für viele Polen ist aber auch noch ein anderer Gesichtspunkt wichtig: Ihr Land soll nicht länger Spielball fremder Mächte sein - im 18. und 19. Jahrhundert Preußens, Russlands und des Habsburgerstaates, im 20. Jahrhundert Deutschlands und Russlands bzw. der Sowjetunion. Die europäische Integration ist für die Polen folglich nicht nur eine Frage der innenpolitischen und wirtschaftlichen Stabilität. Wenn dieser Weg des postkommunistischen Polens »zurück nach Europa« u. a. aus ökonomischer Sicht eine Notwendigkeit ist, wie z.B. Welfens (1995: 28) belegt, so betont man doch immer wieder den sicherheits- und friedenspolitischen Aspekt der Integration. Hier Janusz Reiter, von 1990 bis 1995 polnischer Botschafter in Deutschland:

---

<sup>162</sup> Interview mit Vaclav Havel, in: *Le Monde* v. 19.11.1998.

*Ich erinnere an jene Zeit, weil ich glaube, dass man sich an die Motive der Gründer der europäischen Integration erinnern muss, wenn man verstehen will, warum Polen mit einer solchen Entschlossenheit die Teilnahme an dem europäischen Projekt anstrebt. Das hat, so wie im Deutschland der 50er Jahre, mit der generellen politischen Situation zu tun. So wie die Bundesrepublik durch die europäische Integration aus ihrer verhängnisvollen Mittellage herausgetreten ist, steht auch Polen vor der Chance, den politischen Sinn seiner geographischen Lage neu zu definieren: nicht mehr zwischen Deutschland und Russland, sondern eingebunden in eine Gemeinschaft mit Deutschland und gleichzeitig offen für die östlichen Nachbarländer (Hamkens/Röttgers 1995: 8).*

Dieses diffuse und affektive Europabild prägte vor allem die frühen 90er Jahre. Teilhabe an Europa war gleichbedeutend mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und umgekehrt. Es gab keinen Grund, zwischen der EU/Europäischen Gemeinschaft und Europa insgesamt, zwischen der EU-Mitgliedschaft, der Mitgliedschaft in anderen europäischen Organisationen und der Zugehörigkeit zur europäischen Kultur zu differenzieren.

Im Zusammenhang mit den andauernden und zunehmend konkrete werdenden Problemen hinsichtlich des Beitritts war das affektive Europabild einer utilitaristischen Vorstellung der EU-Mitgliedschaft gewichen. Rationalisierte Definitionen haben an Bedeutung gewonnen, sowohl mit Blick auf das durch die EU repräsentierte Europa als auch in den Meinungen über die Beziehungen des eigenen Landes zu diesem Europa. Diese Rationalisierung verlief parallel zur Entstehung politischer Kontroversen über den EU-Beitritt und zur Artikulation euroskeptischer Argumente durch bedeutende politische Akteure. Nachteile und Kosten der EU-Mitgliedschaft wurden deutlicher wahrgenommen und artikuliert. Diese nüchterne, entzauberte Perzeption kann man als selbstverständliche Entsprechung zum langandauernden Erweiterungsprozess und dem technischen Modus der Beitrittsverhandlungen und Vorbereitungen interpretieren (Brusis 2001, 6).

Die Ernüchterung über den polnischen EU-Beitritt greift im Prinzip seit 1997, besonders aber seit dem Beginn der Verhandlungen mit der EU im Sommer 1998 sowohl in der politischen Elite als auch in der breiteren Öffentlichkeit um sich. Die Schmerzen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungsprozesses, die Unsicherheit über das Beitrittsdatum, wie auch die Ängste in bestimmten Bevölkerungsgruppen hatten zu einer Abnahme der Beitrittsbefürwortung und zur Herausbildung eines offenen EU-kritischen Lagers geführt. Wie Bevölkerungsumfragen belegen<sup>163</sup>, herrschte Anfang bis Mitte der 90er Jahre eine wahre Europa-Euphorie in Polen, die Menschen warteten ungeduldig auf ihre Rückkehr nach Europa. Doch der Beitritt, der ursprünglich für 2000 angedacht war, ließ auf sich warten. Polen realisierte, wie anspruchsvoll der *acquis communautaire*, also der regulative Besitzstand der EU, den zu übernehmen es sich verpflichtet hatte, ist. Und so verflüchtigte sich die Europabegeisterung recht schnell. Anfang der 90er Jahre sprach sich die überwältigende Mehrheit der Polen (85-95 Prozent) für einen EU-Beitritt aus, 1997 waren noch 96 Prozent aller Polen für den Beitritt. Im Frühjahr 2001 dagegen waren es nur noch 45 Prozent, und die Euroskeptiker gewannen allmählich an Boden: Zu Beginn der Beitrittsverhandlungen im März 1998 sprachen sich z.B. nur 13

---

<sup>163</sup>. CBOS-Kommunikat Nr. 2480, v. 15.03.2001 und Nr. 2735, v. 01.07.2002.



Prozent der polnischen Bevölkerung gegen den EU-Beitritt Polen aus, dagegen im September 2000 schon 26 Prozent und im März 2002 bereits fast die Hälfte der Bevölkerung. Im Referendum über den Beitritt, das Am 7./8. Juni 2003 stattfand, stimmten nur 58,8 Prozent der Polen ab – davon erzielten die Befürworter mit 76,9 Prozent der abgegebenen Stimmen allerdings eine deutliche Mehrheit. Der „sichtlich gerührte“ Staatspräsident Kwaśniewski verkündigte daraufhin triumphierend: „Polen ist in der EU! Der Traum vieler Polen ist in Erfüllung gegangen. Wir kehren in die europäische Familie zurück“.<sup>164</sup>

Die deutliche Meinungsschwankungen bei der polnischen Bevölkerung traten parallel zur wechselhaften Entwicklung der Wirtschaft und zum oszillierenden politischen, besonders europapolitischen kurst der jeweiligen Regierungen auf. In der Europadebatte Ende der 90er Jahre rekurrieren die für den Beitritt zur EU genannten Begründungen weniger auf allgemeine historische und geopolitische Notwendigkeiten, sondern weisen vermehrt auf die konkreten ökonomischen und Sicherheitsvorteile hin.

*In der gegenwärtigen internationalen Situation stellt die EU-Mitgliedschaft (wie auch die Mitgliedschaft in der NATO) eine bessere Garantie für Souveränität und Sicherheit dar, als die Alternative, außerhalb der Strukturen zu bleiben, weil es unsere Unabhängigkeit, Demokratie, Modernisierung und Entwicklung garantiert.*<sup>165</sup>

Polen nimmt in der Sicherheitspolitik eine besondere Position ein. Erstens versteht es Sicherheit als Sicherheit gegenüber dem Osten, vor allem Russland, und immer noch ein wenig gegenüber dem westlichen Nachbarn Deutschland. Als Garant für seine Sicherheit sieht es allein die NATO, genauer gesagt: die NATO-Führungsmacht USA. Polens besondere sicherheitspolitische Beziehung zu den USA reicht weit hinter den NATO-Beitritt zurück und ergibt sich aus der polnischen Wahrnehmung der USA als alles überragender Schutzpatron. Hier in den Worten von Władysław Bartoszewski:

*Seit der Unterstützung Amerikas bei der Wiedergeburt der polnischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg und der selbstlosen Beteiligung von US-Piloten an dem Krieg mit Russland 1920/21 (...) waren die Vereinigten Staaten ein ständiger Begleiter auf dem langen Marsch zur Freiheit Polens, auch während des Zweiten Weltkrieges und in der darauf folgenden Zeit des kommunistischen Regimes (in: Arnold 2003: 66).*

Alle anderen sicherheitspolitischen Überlegungen oder gar kritischen Betrachtungen treten hinter diesem Axiom zurück, was die zukünftigen Konstellationen innerhalb der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik offen lässt (Arnold 2003: 65). Daher stellte Polen sich ohne jeglichen Vorbehalt hinter die USA, als es in der Irak-Krise ab Spätherbst 2002 zur Spaltung Europas und der Weltgemeinschaft in dieser Frage kam.

Zweitens betrachtet Polen die neue EU-Außengrenze aus alten historischen, neuen ökonomischen und politischen Gründen anders als die anderen Mitgliedsländer und lässt die Debatte um die Grenze in einer erweiterten EU offen. Polens Ostpolitik stimmt nicht genau mit der Politik der Europäischen Union überein und es kam diesbezüglich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zu grundlegenden Kontroversen. So hat der polnische Ministerpräsident Buzek einmal angemerkt, dass:

---

<sup>164</sup> Kwaśniewski zitiert nach Jäger-Dabek, 2003, 143.

<sup>165</sup> Dariusz Rosatti der ex-Außenminister Polens, zitiert nach Nalewajko 2003: 161.

*Das Problem der (östlichen) Außengrenze der Europäischen Union eines der schwierigsten Probleme unserer Beitrittsverhandlungen mit der Union sein wird (...). Wir müssen die Beitrittsvoraussetzungen auf besagtem Gebiet erfüllen. Gleichwohl werden wir Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, günstige Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn zu schaffen (...). Wir möchten an der Ostgrenze Polens keine neue Barriere und keine neue Teilungslinie errichten.*<sup>166</sup>

Es ist nicht auszuschließen, dass Polen in der EU eine Außen- und Sicherheitspolitik mit einer gewissen Distanz zur Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP und ESVP) machen wird.<sup>167</sup> Christoph Châtelot von Le Monde kommentierte dies folgendermaßen: „Wenn Warschau auch auf den Zug der ESVP aufspringt, so doch nur zu der Bedingung, dass sie keine Konkurrenz zur NATO darstellt und den polnischen Beziehungen zu Washington nicht schadet“<sup>168</sup>. Ähnlich urteilen auch deutsche Wissenschaftler:

*Angesichts ihrer transatlantischen Bindungen schließen die neuen Mitgliedstaaten zwar eine gaullistische Option für die EU aus und sind gegenüber Ansätzen wie einem eigenständigen europäischen militärischen Hauptquartier (...) ablehnend. Eine ihrer Prioritäten liegt aber durchaus bei der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, während sie alle Ansätze zu einer strukturellen Kernbildung für eine europäische Armee innerhalb und außerhalb der EU ablehnen (Jopp, Lippert, Regelsberger 2004: 251).*

Bei der Frage, in welchem Ausmaß und in welcher Richtung die Osterweiterung den weiteren Weg der europäischen Integration beeinflussen wird, steht das Politikfeld der GASP und ESVP der EU im Mittelpunkt. Denn nach Einführung der Gemeinschaftswährung und der Wiedervereinigung Europas steht als neues, hochdringliches europäisches Projekt der Ausbau der EU zu einem globalen, weltweit und in allen Politikdimensionen handlungsfähigen Akteur der internationalen Politik an. Will Polen sich an diesem Projekt beteiligen? Was ist von Polen – auch im Kontext der Ergebnisse dieser Arbeit – als neuem Mitgliedstaat der EU zu erwarten? Wird Polen durch eine integrationsfreundliche Politik die Sache der europäischen Einigung dezidiert befördern und damit zum Gelingen des historisch einmaligen Experiments beitragen oder sich ins Lager jener EU-Staaten einreihen, die durch Zögerlichkeiten, Souveränitätsvorbehalte und Bündniserwägungen den weiteren Weg der EU eher behindern?

An dieser Stelle soll nur angedeutet werden, wie wichtig das Problem der Sicherheit und Souveränität in der polnischen Europadebatte ist. Eine weitere Vertiefung dieses Themas würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

In der polnischen Europadebatte waren die ökonomischen Argumente, die die Endphase der Verhandlungen Polens mit der EU dominiert haben, nicht weniger wichtig. Befürworter der EU-Mitgliedschaft betonten stärker den ökonomischen und politischen Nutzen der Integration für das

---

<sup>166</sup> Rede von Premierminister Jerzy Buzek am 16.02.2000 vor dem Sejm, im Internet unter:

<http://www.sejm.gov.pl>

<sup>167</sup> Zu dieser Problematik vgl. die Studie von Marcin Zaborowski 2004.

<sup>168</sup> Le Monde, 9.11.2004.

eigene Land. Die EU-Mitgliedschaft stellt nicht mehr einen Selbstzweck dar, sondern ist ein Mittel, um ökonomische Modernisierung sowie politische Stabilität zu erreichen:

*Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union liegt in unserem nationalen Interesse. Die Nichtbeteiligung an dieser Organisation wird Polen an die Peripherie schieben. Wir werden alleine nicht in der Lage sein, den zivilisatorischen Sprung zu schaffen, der eine Notwendigkeit im 21. Jahrhundert darstellt. Wir werden nicht in der Lage sein, uns den Globalisierungsforderungen zu stellen, die einen bedeutsamen Einfluss auf die Qualität des gesellschaftlichen Lebens annehmen. Wir werden schließlich nicht in der Lage sein, ohne den wirtschaftlichen, technologischen und organisatorischen Hintergrund der EU ein Sicherheitssystem für Polen zu bauen.<sup>169</sup>*

Aus wirtschaftlicher Sicht wird der Beitritt zur Europäischen Union in Polen wie eine doppelte Notwendigkeit betrachtet: Zunächst, weil die EU in den letzten Jahren zu ihrem Haupthandelspartner geworden ist, sodann, weil der Beitritt eine wirtschaftliche Dynamik mit sich bringen und ein für das Wirtschaftswachstum günstiges politisches Klima schaffen wird, sei es durch Direktinvestitionen, sei es durch die im Rahmen der Solidaritätspolitik vorgesehenen Gemeinschaftsmittel.

Die euroskeptische Argumentationslinie sieht hingegen die ökonomische Integration als Ausverkauf nationaler Vermögensgüter und mühsam erarbeiteter Werte, als Opferung des Landes gegenüber den Kräften des globalen Kapitalismus.

*Für uns ist es inakzeptabel, polnisches Vermögen an das Ausland abzugeben, den Markt für unfairen Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen zu öffnen, die Wirtschaft herunterzufahren. Das kostet Polen Jobs und hilft, Arbeitsplätze in der Europäischen Union auf unsere Kosten zu schaffen.<sup>170</sup>*

Hier ist die Angst verborgen die erweiterte EU könnte sich in zwei Klassen von Staaten teilen, in der wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten von den stärkeren diskriminiert werden.<sup>171</sup>

*Die EU hat uns den Status eines Mitglieds zweiter Klasse angeboten. Daraus muss man Konsequenzen ziehen. Ein auf Verletzungen aufgebautes Europa wird keine Gemeinschaft sein.<sup>172</sup>*

Neben den ökonomischen Argumenten gehören zu den besonders weit verbreiteten Argumenten der EU-Kritik in Polen solche, die eine Bedrohung nationaler Eigenarten bzw. der wiedergewonnenen nationalen Souveränität und Würde durch die EU-Mitgliedschaft feststellen. Darauf basierte auch die Strategie der polnischen Beitrittsgegner. In der Berufung auf nationale Symbole und Mythen, kollektive Erinnerungen und die Vergangenheit wurde vor allem nationalistische Rhetorik als besonders taugliches Mittel eingesetzt, wobei hauptsächlich die Frage des Souveränitäts- und Identitätsverlustes sowie des Ausverkaufs polnischen Bodens thematisiert wurde. Die in Polen verwurzelte Assoziation von Souveränität und Territorium, die Gleichsetzung von Landesverteidigung

---

<sup>169</sup> Leszek Miller - Premierminister und Vorsitzender der SLD, Zitat aus dem Gespräch in: *Unia Europejska*, Infomonatszeitschrift, Nr. 3, 2000: 50.

<sup>170</sup> Position der Liga der Polnischen Familien, Zitat aus *Polska Scena Polityczna (Polnische politische Szene)*, – eine Schrift, in der sich offizielle Erklärungen, Beschlüsse und Aussagen der politischen Akteure befinden, Juli 2001: 14.

<sup>171</sup> Obgleich die Beitrittsgegner Polen häufiger (67 Prozent) als künftiges „Mitglied zweiter Klasse“ sehen als die EU-Befürworter, meinen auch in letzterer Gruppe 56 Prozent der Befragten, dass Polen kein gleichberechtigtes Mitglied sein werde, in: Kucharczyk 2000/2001: 83.

<sup>172</sup> So erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzender der PSL im Sejm, Zdzisław Podkański, in: Protokolle der 37. Sitzung des Sejm, v. 3.12.2002.

und Patriotismus, die Verknüpfung von Boden und staatlicher Unabhängigkeit wurde von den Beitrittsgegnern erfolgreich aufgegriffen. Nicht nur die katholisch-nationalistischen Gruppierungen, sondern auch die Samoobrona (Selbstverteidigung) und die Bauernpartei nutzten diese Stimmung. Denn die Mehrheit der Landbevölkerung ist weiterhin überzeugt, dass die Gefahr besteht, das Land an die Deutschen zu verkaufen (Dylla/Jäger 2003).

Der historische Nationenbildungsprozess in Polen erfolgte in Gegnerschaft zu den vorherrschenden autoritären Monarchien in Österreich, Preußen-Deutschland und Russland. Die polnischen Nationalbewegungen konnten ihren Nationalstaat erst nach dem Zerfall der alten Ordnung und gegen die kontinentaleuropäischen Großmächte errichten. Die Nationalstaatsgründung der Zwischenkriegszeit fiel dann erneut den Großmächten Deutschland und Sowjetunion zum Opfer.

*Die Katastrophe der Teilungen Polens (1772, 1792, 1795) und der Verlust der eigenen Staatlichkeit schwächte das Selbstgefühl der politischen Nation (...). Zugleich aber stärkte die Folge politischer Katastrophen die nationale Mythologie und das Bewusstsein einer einzigartigen polnischen Geschichte und Kultur (Krzemiński 2003a: 39).*

Sich vorzustellen, einen wesentlichen Teil der gerade wieder gewonnenen nationalen Souveränität abzugeben, fällt naturgemäß nicht leicht. Während die Auflösung des Nationalstaates im Zuge der Globalisierung in Westeuropa heftig diskutiert wird, war die Rückkehr der Demokratie 1989 in Ostmitteleuropa eng mit jener der nationalen Souveränität verbunden (Rupnik 2000/2001: 91).

Daher spielt die Frage der nationalen Souveränität (im Sinne der Freiheit und Unabhängigkeit auf der internationalen Bühne) in der polnischen Europadebatte eine große Rolle. Zuerst hat sie die Bevölkerungen der mitteleuropäischen Länder mobilisiert, sich dem kommunistischen Regime zu widersetzen, anschließend hat sie eine wichtige Rolle beim Zerfall dieses Regimes gespielt und schließlich hat sie die Legitimation der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Reformpolitiken erleichtert. Diese Idee ist zu einem wesentlichen Bestandteil des neuen politischen Bewusstseins geworden.

Das Festhalten an der Souveränität, das Hand in Hand mit dem Willen geht, der Europäischen Union beizutreten, verleitet Polen dazu, hinsichtlich der Souveränität eine ambivalente oder obskure Rhetorik und Denkweise zu entwickeln (Bursig 2001, 7). 1998 sprach sich der polnische Senat in einer Entschließung zugunsten der europäischen Integration und des Beitritts Polens zur Europäischen Union aus, betonte jedoch ganz besonders seine Überzeugung, dass

*(...)sich die Europäische Gemeinschaft weiterentwickeln wird, indem sie die äußere und innere Souveränität der Völker und der Mitgliedstaaten achten wird, und dass sich die Rolle der supranationalen Institutionen ausschließlich auf die Durchführung der von den Regierungen der souveränen Staaten beschlossenen Politik beschränken wird (Kucharczyk 1999: 315).*

1999 veröffentlichte die Gewerkschaft *Solidarność* :

*Eine Erklärung über die europäische Integration, um u.a. mitzuteilen, sie teile die Konzeption der Europäischen Union als wirtschaftliche, soziale und politische Union der Staaten, die ihre internen politischen und sozialen Probleme ihren eigenen Traditionen gemäß regeln.<sup>173</sup>*

Schließlich versicherte der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Geremek, Polen sollte als Mitglied der Europäischen Union seine wirtschaftliche Souveränität beibehalten und eine souveräne Außenpolitik führen. Polen, so sagt er, könne sicherheitspolitische Bündnisse schließen, da diese die Souveränität stärkten, doch „die Außenpolitik ist als Ausdruck der Souveränität von entscheidender Bedeutung, was impliziert, dass sie ein eigenes Gebiet bleibt.“<sup>174</sup>

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die polnischen Reaktionen auf die viel beachtete Rede Joschka Fischers über die Zukunft der europäischen Integration festzuhalten.<sup>175</sup> Wie man sich denken kann, waren diese Reaktionen allgemein negativ. Die Idee eines mit einer Verfassung und starke, supranationale Elemente enthaltenden institutionellen Systems hat das polnische Verständnis von Souveränität und der Europäischen Union offensichtlich gestört. Adam Michnik, ein glühender Pro-Europäer in Polen, zögerte nicht, dem deutschen Außenminister vorzuwerfen, auf gefährliche Weise zu schnell voranzuschreiten und zu weit zu gehen und „diejenigen Leute zu beunruhigen, die jahrelang von der Unabhängigkeit Polens träumten und viel gelitten hatten, um diese Unabhängigkeit zurückzuerobern“. Er schreibt:

*Deshalb denke ich, trotz der visionären Fähigkeit des deutschen Ministers, dass ich bis zu meinem Tod Bürger Polens sein werde. Natürlich werde ich Bürger eines der Europäischen Union angehörenden Polens sein.<sup>176</sup>*

In extremen Fällen nimmt die Angst von dem Verlust der politischen Souveränität die Form einer generellen Negation des Integrationskonzept in die EU an: „Ich bin überzeugter Gegner des Beitritts Polens zur EU als einer zentralistischen Organisation (...), weil Osteuropa solch ein Experiment bereits erlebt hat.“<sup>177</sup>

*Hier wird ein neuer Superstaat mit einem Präsidenten, einem Parlament und vereinheitlichter Gesetzgebung geschaffen, den die LPR, die zum Nationalstaat Polen steht, ablehnt. Zu lange hat Polen gegen den Kommunismus gekämpft, als dass man nun das Erreichte einem neuen Moloch opfern wird.<sup>178</sup>*

---

<sup>173</sup> Erklärung der Gewerkschaft *Solidarność* v. 31.05.2000, im Internet unter: <http://www.solidarnosc.org.pl>

<sup>174</sup> Interview mit Bronisław Geremek, *Rzeczpospolita* v. 26.07.2000.

<sup>175</sup> Siehe: *Das Ziel ist die Europäische Föderation. Erfolgreich nur auf der Grundlage vertraglicher Souveränitätsteilung mit den fortbestehenden Nationalstaaten* von Bundesaußenminister Joschka Fischer Wiedergegeben durch FAZ v. 15.05.2000, siehe auch: Fischer: 2001: 25-78.

<sup>176</sup> Adam Michnik, Editorial, *Gazeta Wyborcza* v. 13-14.05.2000.

<sup>177</sup> Aussage eines ZChN-Parlamentariers, Zitat in: Skotnicka 1997: 118. Diese Art von Argumentation war vor allem bei der Diskussion um die polnische Verfassung von 1997 vorhanden. Die im neuen konstitutionellen Rahmen vorgesehene Möglichkeit der Abgabe, bzw. Delegation von Hoheitsgewalt an supranationale Organisationen wurde in Parlament heftig kritisiert.

<sup>178</sup> Roman Giertych, der Vorsitzende der Liga Polnischer Familien (LPR), in: Schmid 2003.

Einerseits münden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungsprozesse in einer breiten Unzufriedenheit der Bevölkerung und dem Entzug der Befürwortung<sup>179</sup>, andererseits führten sie mangels kommunikativer Vermittlung der polnischen Europapolitik zur Mobilisierung der Gegner der europäischen Integration. Die Euroskeptiker wurden in Polen zunehmend lautstark und gut organisiert. Kurz vor dem Referendum über den Beitritt Polens zur EU entfachten sie eine lebhafte Debatte und konnten auf die Unterstützung vieler gläubiger Katholiken und enttäuschter Bürger zählen. Die Regierung versuchte, nachdem sie lange Zeit der Opposition das EU-Thema überlassen hat, in einer Art Aufholjagd die öffentliche Stimmung pro Europa zu beeinflussen und startete eine intensive Informationskampagne. Ein paar Monate vor dem Referendum erreichte die Präsenz der europäischen Themen in Polen ihren sichtbaren Höhepunkt. Damit versuchte man, den einmal angerichteten Schaden wieder gutzumachen, denn die nachlassende Zustimmung zu Europa war vor allem die Folge einer bewussten politischen Entscheidung der Regierung, die Beitrittsverhandlungen zur ausschließlichen Regierungsdomäne zu machen und die Gesellschaft von diesem Prozess weitgehend auszuschließen.<sup>180</sup>

Die Aufgabe, die notwendige Stimmbeteiligung zu erreichen, mutete lösbar an, doch für die politische Klasse war die Mobilisierung der Wählerschaft dennoch zu einer großen Herausforderung geworden. Noch nie seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft sind 50 Prozent der Berechtigten bei einem nationalen Referendum an die Urne gegangen, und vor allem in der ländlichen Bevölkerung hatte sich eine heftige, oft ressentimentgeladene Abneigung gegen den Beitritt gehalten. An unzähligen Veranstaltungen brandmarkten militante antisemitische und erzkatholische Extremisten die EU als einen „Klub der Juden, der Homosexuellen, der Perversen, der Abtreibungsbefürworter und der Freimaurer“.<sup>181</sup>

Entsprechend intensiv hat sich die Regierung Miller im Abstimmungskampf engagiert. Sie hat sich dabei im Großen und Ganzen auf die Unterstützung der oppositionellen bürgerlichen Parteien, die ja ebenfalls für den EU-Beitritt waren, verlassen können. Staatspräsident Kwaśniewski startete eine eigene Kampagne zur Unterstützung des polnischen EU-Beitritt unter dem Motto: „Ja für Polen“, und rief dazu auf, das Referendum nicht zu einem Denkmahl für die unbeliebte Regierung Miller auszunutzen. Für das Referendum haben sich auch diejenigen Parteien, die bis kurz vorher noch viele Bedenken bezüglich der EU geäußert hatten (vor allem die PiS und PSL), bemüht ihren Anhängern eine klare Botschaft zu übermitteln. Und das obwohl sich der Leistungsausweis der Demokratischen Linksallianz geradezu erbärmlich ausnimmt und die Versuchung, Miller mit einem Nein zur EU zu «bestrafen», groß war. Doch die politische Elite betrachtete den EU-Beitritt als einen wichtigen Schritt vorwärts und hoffte auf einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung.

---

<sup>179</sup> Laut Meinungsumfragen vom Herbst 2002 lag die Unterstützung des polnischen EU-Beitritts in der Gesamtbevölkerung bei 57 Prozent, 28 Prozent der Polen waren dagegen und 15 Prozent noch unentschieden. CBOS-Kommunikat Nr. 76, v. 06.03.2003, siehe auch: Report in: Lena Kolarska-Bobińska, 1999: 20.

<sup>180</sup> Den Umfragen des CBOS zufolge beläuft sich der Prozentsatz polnischer Bürger, die der Meinung sind, über den politischen Inhalt und den Verlauf der Beitrittsverhandlungen nicht ausreichend informiert zu sein, auf 89 Prozent in 1997 und 90 Prozent in 2002, kurz vor dem Referendum immer noch auf 84 Prozent, CBOS-Kommunikat Nr. 2735, v. 01.07.2002.

<sup>181</sup> Vgl.: *Hochspannung vor Polens EU-Referendum*, in: Neue Zürcher Zeitung v. 4. Juni 2003, im Internet unter: <http://www.nzz.ch/dossiers/2002/osterweiterung/2003.06.04-al-article8VY8I.html>

Der Diskurs über die EU und vor allem die Rolle Polens in der EU beherrschte auch noch Monate nach der entscheidenden Volksabstimmung die politischen Debatten oder besser gesagt die „Quasi-Debatten“, weil sie nicht auf die Sachpolitik, sondern vielmehr auf simple Emotionen gerichtet waren (Lipnicki 2002: 89). Seine Zuspitzung hat er in der Parole des Fraktionsführers der liberalen Bürgerplattform, Rokita, gefunden: „Nizza oder Tod“. Rokita wollte damit drastisch darauf hinweisen, dass die Regierung unter Ministerpräsident Leszek Miller bei der Verfassungsdebatte nicht die im Vertrag von Nizza festgelegten Positionen opfern dürfe. Und der stramm rechte PiS-Abgeordnete Ujazdowski brandmarkte den Konventsentwurf als „zentralistisches und egoistisches Projekt“, das darauf abziele, Deutschland und Frankreich auf Kosten der Solidarität und der politischen Position Polens zu stärken (Lang 2003: 1999). Miller gab dem Druck nach und schlug einen harten Verhandlungsstil ein. So scheiterte die Verabschiedung des Verfassungsentwurfs im Dezember 2003, wofür der frühere EP-Präsident, Klaus Hänsch, Polen „eine historische Schuld“ zuwies.<sup>182</sup> Die Regierung Miller hat - so Saryusz Wolski,<sup>183</sup> - die Gelegenheit verpasst, den Bürgern klar zu machen, dass es in der Verfassungsdebatte der kommenden Monate ohne Kompromisse nicht gehen werde und Warschau keinesfalls in der Lage sein werde, die jetzt formulierten Maximalpositionen durchzusetzen.<sup>184</sup> Die polnischen EU-Gegner jedoch feierten das Scheitern des Gipfels: „Wir haben unser souveränes polnisches Land nicht verloren“<sup>185</sup> – jubelten die Nationalkatholiken von der "Liga der Polnischen Familien" (LPR) und die konservative Tageszeitung „Rzeczpospolita“ kommentierte: „Die Verfassung ist der letzte Versuch, der EU die französisch-deutsche Überlegenheit aufzuzwingen“<sup>186</sup>.

Auffallend war in dieser Zeit vor allem die Neigung, die Diskussion nicht auf einen Streit zwischen den erklärten Anhängern des Europabeitritts und den Gegnern zu bringen, sondern sie zu innenpolitischen Zwecken zu instrumentalisieren. Um die Regierung Miller zu stürzen und vorzeitige Parlamentswahlen einzuleiten, standen auf einmal auf der gleichen Seite die liberale PO, die christlichen Demokraten PiS und die radikalen Populisten LPR zusammen. Nach dem Scheitern des Brüsseler EU-Gipfels sagte Kaczyński, der Vorsitzende der Recht und Gerechtigkeit Partei: „Härte zu zeigen ist auch in Zukunft der einzig gangbare Weg für Polen in der EU“. Rokita stieß ins gleiche Horn: „Polen hat in Brüssel politische Reife gezeigt und ein gutes Debüt in der EU hingelegt“. Die LPR lehnten jede Verfassung für die EU rundweg ab, weil diese die polnische Souveränität verletze. Der stellvertretende Vorsitzende der LPR, Giertych, meinte, er freue sich deshalb, dass man sich in Brüssel nicht geeinigt habe.<sup>187</sup>

Die Parlamentsdebatte über die Nichtantastbarkeit der souveränen Kompetenzen des Staates im Bereich der Kultur und Moral vom Februar 2003 spiegelte noch einmal Bedenken aus dem

---

<sup>182</sup> Vgl.: *EU-Gipfel. Wer ist schuld?* Von Eckart Lohse, Brüssel, in: FAZ v. 14.12.2003.

<sup>183</sup> Jacek Saryusz-Wolski - ehemaliger Berater Premier Buzeks für Fragen der europäischen Integration und Sekretär des Komitees für Europäische Integration, Prorektor des Europa-Kollegs Natolin. Er gilt als einer der besten polnischen Experten für EU-Fragen.

<sup>184</sup> Mehr darüber siehe u.a.: Pszczółkowska 2003.

<sup>185</sup> In *Nasz Dziennik* v. 15.12.2005, 1.

<sup>186</sup> In *Rzeczpospolita* v. 14.12.2005, 3, siehe auch *Der Spiegel*, Nr. 52/2003, 23.

<sup>187</sup> Zitate aus dem Artikel: *Beifall für den "Erfolg" Millers*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 15.12.2003, Nr. 291, 6.

wertkonservativen und nationalen Lager wieder und gewährte einen Einblick in Teile der polnischen Gemütslage:

*Eine Integration mit den anderen europäischen Ländern im Rahmen der Europäischen Union anstrebend, stellt der Sejm der Republik Polen angesichts des bevorstehenden Referendums über den Beitritt Polens zur EU fest, dass die polnische Gesetzgebung im Bereich der Familie, der Ehe und des Erhalts und des Schutzes des Lebens keinen Beschränkungen im Wege internationaler Regulierungen unterliegt.<sup>188</sup>*

Damit hat sich noch einmal gezeigt, wie wichtig in der Europadebatte das polnische Verständnis von Souveränität und der Erhalt nationaler Werte mit einer stark wertkonservativen, religiös geprägten Komponente sind.

Die hier aufgelisteten Ereignisse, die noch kurz vor dem endgültigen Beitritt Polens zur EU stattgefunden haben, vor allem auch die heftige Opposition Polens gegen die vom Konvent Giscard d'Estaings ausgearbeitete EU-Verfassung, zeigte noch deutlicher die vorgehobenen Aspekte der Europadebatte: Die Angst überrollt zu werden, und zwar hauptsächlich vom anderen großen Nachbarn, von Deutschland, der Furcht vor einer Mitgliedschaft zweiter Klasse in der EU und die Angst vor dem Verlust eigener nationaler Werte und/oder die katholische Identität sowie die Einschränkung der wiedererlangten nationalen Souveränität. Daher es ist wichtig diese Themen hier näher zu betrachten.

Die Aufwertung der Souveränitätsidee in Polen wird verständlicher, wenn man sie im historischen Kontext betrachtet. So erläutert der polnische Historiker Jerzy Tazbir (1998: 10), die nationale Identität sei durch den Raubzug der Schweden 1655-58 und die darauf folgenden Niederlagen, die zum Niedergang der Adelsrepublik und Teilung Polens führten, bedroht gewesen. Dem zerschlagenen Polen war nach der Dritten Teilung für rund 125 Jahre die Möglichkeit einer einheitlichen politischen Entwicklung in einem Staatswesen genommen. Seitdem befindet sich Polen in einer Art „National-Neurose“, die sich von Generation zu Generation steigert und bis heute andauert. Die Niederlagen während der nationalen Aufstände, im Zweiten Weltkrieg, sowie die sowjetische Okkupation verstärken noch mehr dieses Bedrohungsgefühl, das in Polen trotz wiedergewonnener Unabhängigkeit immer noch präsent ist.

Ein wesentliches Element des „Polentums“ also der kulturellen Selbstbestimmung der Polen, ist der Katholizismus, insbesondere der „Volkskatholizismus“. Er wurde zu einer grundlegenden Form der nationalen Identität, ein Bindemittel der Gemeinschaft, später auch ein moralisches Erfordernis. Religion wurde in den landwirtschaftlichen Naturzyklus einbezogen, und die Pfarre festigt mit ihren kirchlichen Ritualen die Bindung zu Gott. Die Verbindung zwischen Katholizismus und Polentum steht mit der langjährigen, starken Tradition der katholischen Religion im Leben des Durchschnitts-Polen in enger Verbindung. Zuerst war Polen „Vorreiter des Christentums“, später kam die Gegenreformation,

---

<sup>188</sup> Parlamentsdebatte über die Nichtantastbarkeit der souveränen Kompetenzen des Staates im Bereich der Kultur und Moral, in: Protokolle der 42. Sitzung des Sejms, v. 25-28.02.2003.



die den polnischen Katholizismus im Ergebnis verstärkte, dann die Teilungszeit, die diesen Prozess vertiefte.<sup>189</sup>

Fast alle Kriege, in die Polen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verwickelt war, wurden mit Gegnern unterschiedlichen Glaubens ausgetragen: den islamischen Tataren oder Turkvölkern, den protestantischen Schweden oder Preußen, den orthodoxen Russen. Schon damals waren daher polnische Identität und Staatlichkeit in hohem Maße mit der katholischen Religion identifiziert. In der langen Zeit der polnischen Teilungen – von den Teilungsmächten war nur das liberalere Österreich katholisch – verstärkte sich, trotz mancherlei Arrangements des Vatikans mit den Teilungsmächten, die Position der polnischen Kirche als Bastion der polnischen Sprache und nationalen Identität. Der Katholizismus wurde zu einem festen Element der Kulturbildung.

Während der Nazi-Schreckensherrschaft und während der stalinistischen Periode bis 1956 war die Kirche für viele Polen die letzte Zuflucht. Die Kirche war in der Opposition, was ihre Position als Schützerin der polnischen, kulturellen Werte bekräftigt. In ihrem dauernden Widerstand gegen die kommunistischen (wie auch zuvor die nationalsozialistischen) Unterdrücker war die katholische Kirche Kämpfer für ein freies Polen und Sinnbild für die polnische Nation. Unter Gomułka und später Gierek veränderte sich die Haltung der staatlichen Autoritäten; die Kirche wurde „sanfter“ unterdrückt. Die Gotteshäuser waren, wie auch in den 80er Jahren, voll von Menschen, die ihre politische Opposition zum System im Kirchgang ausdrückten.

Die Kirche hat den Kommunismus überlebt und konnte die einfachsten und fundamentalsten Prinzipien verteidigen, auch wenn diese nicht immer mit den Moden und kulturellen Tendenzen der Zeit in Einklang waren. Mit ihrem Durchhaltevermögen und ihrer Sturheit hat sie ihre Autorität festigen und sich Respekt verschaffen können. In Zeiten der Demokratie jedoch gerät dieser geistige Fundamentalismus in Konflikt mit der weltlichen Intelligenz, darüber hinaus sieht er sich mit der Gleichgültigkeit und der Frustration fast der ganzen polnischen Bevölkerung konfrontiert.

Nach dem Kollaps der realsozialistischen Herrschaft glaubten daher viele kirchliche Würdenträger, die Kirche solle nicht nur eine entscheidende Rolle im spirituellen, sondern auch im politischen, öffentlichen Leben spielen. 1989 war „die Kirche wieder auf die Demokratie noch auf Kritik vorbereitet“<sup>190</sup>, bestätigte Bischof Pieronek im Gespräch mit EU-Kommissar van den Broek. Nach der Wende schien sie weder die demokratischen Regeln in einem Rechtsstaat zu verstehen noch meinte sie die öffentliche Meinung ernst nehmen zu müssen.

Untersuchungen zeigen, dass die Kirche als Institution sich zwar einer ungebrochenen Autorität erfreut, es jedoch dieselben Menschen sind, die sie einerseits als Autorität anerkennen und die andererseits dagegen sind, dass sich die Priester in politische Dinge einmischen. Dieser Antiklerikalismus des Volkes geht mit einer getreuen Befolgung des katholischen Brauchtums einher (Śpiewak 2000/2001: 68).

---

<sup>189</sup> Mehr über das Verhältnis zwischen Nation und Religion im Polen siehe z.B.: Bingen 1990b, Lobkowicz 1998, Wiaderny 2004.

<sup>190</sup> Bischof Pieronek, Interview in *Wprost* v. 14.12.1997, abgedruckt in: *Osteuropa Archiv* 5/1999, A215-219.

Andererseits, wo keine reale Bedrohung mehr für das so verstandene Polentum existiert, wendet sich die Kirche, wenigstens ein Teil davon, gegen das Fremde (Kuklinska 2000: 65). Die EU wird als Fremdelement und Bedrohung der nationalen Werte wahrgenommen:

*Wir verlieren unsere nationale und kulturelle Identität, wir werden überflutet vom nihilistischen Produkt uneingeschränkter Freiheit, das alle in der polnischen Kultur präsenten Werte negiert (Pieronek, 1998, 131f).*

Der andere Teil hat seine neue Aufgabe in einer Mission gefunden: „Europa für das Christentum zurückzugewinnen“ (Casanova 2003: 63). Ein solches Vorhaben trifft in der messianischen Tradition Polens ohne Frage auf Resonanz.

In der Betrachtung des Themas „Polens Katholizismus und die europäische Integration“<sup>191</sup> ist zunächst zwischen der Position des Episkopats, der Haltung des Klerus, dem Profil des politischen Katholizismus und den Strömungen an der Basis der kircheninternen Gruppierungen bzw. kirchennahen Vorfeldorganisationen zu differenzieren (Lang 2000: 5). Bei den kirchlichen Vertretern, die anfangs Polens EU-Beitritt kritisch gegenüber eingestellt waren, kam es zu einem positiven Stimmungswechsel nach einem offiziellen Besuch in Brüssel:<sup>192</sup> „Obwohl es bestimmte Gefahren dieser Vereinigung gibt, so ist es doch einfacher, diese Probleme gemeinsam mit der Union zu überwinden als allein. Für uns gibt es keine andere Alternative als Europa“, lautete das Fazit des Besuchs. Und an anderer Stelle heißt es: „Die Kirche wird Polen zur Integration anspornen.“<sup>193</sup> Das heißt nicht, dass unter Polens Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen ein Geist der Euro-Enthusiasmus herrscht und man unter ihnen nicht auch auf entschiedene Gegner einer polnischen EU-Mitgliedschaft trifft, jedoch bekannten sie sich explizit und offiziell zur EU-Mitgliedschaft Polens. Ende März 2002 verabschiedete das polnische Episkopat eine förmliche Erklärung, die die europäische Integration als eine „Angelegenheit von großem Gewicht“ und als eine „Chance der Vereinigung Europas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus“ bezeichnete.<sup>194</sup>

Eine Bejahung der europäischen Einigung fiel den Vertretern der Kirche auch deswegen leichter, weil die Kirchenführung entdeckte, dass sie in manchen für sie wichtigen gesellschaftlich-politischen Themenkomplexen mit den Zielen der EU übereinstimmte (so etwa mit den Zielsetzung der europäischen Sozial-, Struktur- und Regionalpolitik). Nicht zuletzt sei auch die Vorstellung einer Korrespondenz zwischen europäischer Integration und der Mehrung sozialer Pathologien sowie aus Sicht der Kirche unerwünschter kultureller Verhaltensformen (Säkularisierung) auf dem Rückzug

---

<sup>191</sup> Vgl. hierzu beispielsweise: Gowin 2000, Jackowska 2003 und auf englisch Mirella 1998 sowie Korboński 2000.

<sup>192</sup> Dank der Kommission der Episkopate der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), die als Scharnier zwischen den Institutionen der EG bzw. EU und dem Rat der Konferenz der Bischöfe Europas, darunter Polens, fungiert, kam es zwischen dem 4. und dem 7. November 1997 zu einem Besuch der hochkarätigen Delegation des polnischen Episkopats in Brüssel.

<sup>193</sup> Siehe Kommentare in der polnischen Presse nach dem Brüssel-Besuch: Tygodnik Powszechny, Nr. 47, v. 23.11.1997: *Nie taki diabeł straszny (Der Teufel ist nicht so böse)*; Gazeta Wyborcza, v. 7.11.1997: *Łapcie Pana Boga za nogi (Fang an ohne Angst)*.

<sup>194</sup> Die Erklärung des Episkopats zur EU im Internet unter: <http://www.episkopat.pl>

(Lang 2000: 10). Man konnte diesen offiziellen Kurs als Pendant zur päpstlichen Devise: „Integration ja, aber zusammen mit einer neuen Evangelisierung“ sehen (Johannes Paul II 1998a).

Auch der polnische Klerus ist erstaunlich positiv der EU gegenüber eingestellt. Laut einer Umfrage des Instituts für Öffentlichen Angelegenheiten (Kolarska-Bobińska 1999, 39ff) ist:

*Polens Geistlichkeit alles andere als europa-feindlich. Im Gegenteil. Sie ist gegenüber dem Gedanken der europäischen Einigung und auch dem polnischen Beitritt zur EU wesentlich positiver eingestellt als die Mehrheit der Polen.*

Die Zustimmung zum Kurs auf Europa ist einerseits mit einer gewissen Furcht vor den Konsequenzen gepaart (vor allem fürchten Kleriker um die religiöse und nationale Identität der Polen), andererseits hofft die Kirche aber, dass Polen die Union um christliche Werte bereichern kann.

Die Idee der „neuen Christianisierung Europas“ ging vom Papst aus, der wohl den gewichtigsten Anstoß zur Änderung zur pro-europäischen Linie brachte. 1998 sagte er gegenüber Vertretern der polnischen Kirche (Johannes Paul II 1998b):

*Bei der großen Arbeit, vor der der sich einende Kontinent steht, darf der Beitrag der polnischen Katholiken nicht fehlen. Europa braucht das tiefgläubige und auf christliche Weise kulturell, kreative Polen, das seiner Rolle, die ihm durch die Vorhersehung auferlegt ist, bewusst ist. Das, womit Polen Europa dienen kann und muss, ist im Prinzip identisch mit der Aufgabe der Gemeinschaft des Geistes, die sich auf die Treue zum Evangelium im eigenen Hause stützt.*

Eindringlich formulierte der Papst dieses Bekenntnis zu Einheit und Einigung während seines Polen-Besuchs 1999 in einer vor dem polnischen Parlament gehaltenen Rede (Johannes Paul II 1999): „Die Integration Polens in die Europäischen Union wird von Anfang an vom Heiligen Stuhl unterstützt.“

Kurz vor dem Referendum im Juni 2003 trat Johannes Paul II (2003) wiederholt und unzweideutig für die Teilnahme am Prozess der europäischen Einigung ein: „Europa braucht Polen, Polen braucht Europa“, eine Äußerung, die mit Sicherheit Einfluss auf die katholischen Wähler hatte.

Dem offenen, dialogorientierten, pro-europäischen Lager<sup>195</sup> stand allerdings ein traditionalistisches und nationales Lager gegenüber. Auf den neutralen Beobachter wirkten die Argumente oft recht kurios, mit denen die Ablehnung der europäischen Integration und der Gehorsam zur Kirche miteinander vereinbart wurden. So setzten die Integrationsgegner der Idee einer pluralistischen und wertneutralen europäischen Integration die Konzeption eines vor den Bedrohungen des Westens geschützten katholischen, polnischen Nationalstaats gegenüber (Majcherek 2000).

Die Europa-Gegner schienen gegenüber den vorwiegend in den relativ engen „liberal-katholischen“ intellektuellen Milieus verankerten europa-freundlichen Tendenzen eher in der „Breite“ des

---

<sup>195</sup> Repräsentiert vor allem durch die kirchennahe Intelligenz etwa den Klub der Katholischen Intelligenz, Zeitschriften wie „Tygodnik Powszechny“ und „Więź“.

Kirchenvolks reüssieren zu können. Ein beachtliches Potential rekrutierte sich aus den vier bis sechs Millionen Hörern des fundamental-katholischen Radios Maryja, dem Sender des Redemptoristen-Paters Tadeusz Rydzyk, der ultrakatholisch, ultranationalistisch, rechtsradikal und extrem europafeindlich ist. Um Radio Maryja hatte sich ein Netzwerk von affilierten Organisationen, Stiftungen, Institutionen und verbündeten Medien konstituiert. Viele der AWS-Abgeordneten wurden dank der Unterstützung des Radios ins Parlament gewählt. Die LPR versteht sich indirekt als politischer Arm des Senders.

Gegenüber denjenigen Parteien (ZChN unter AWS und LPR), die durch ihre explizit religiös-nationale Ausrichtung die katholischen Wähler an sich zu binden versuchten, standen auf der anderen Seite die Christdemokraten. Das christliche Segment der polnischen, politischen Landschaft ist weiterhin von der Rivalität zwischen einer christlich-demokratischen und einer christlich-nationalen Strömung gekennzeichnet. Zwischen diesen beiden ideologischen Grundrichtungen des politischen Katholizismus sind gewisse Divergenzen auszumachen, die einer essentiellen Annäherung oder gar Synthese beider weltanschaulicher Optionen im Wege stehen. So vertreten sie jeweils eine abweichende Einschätzung der europäischen Integration und Polens Teilhabe an dieser, und divergieren in den Einschätzungen der politischen und gesellschaftlichen Implikationen des polnischen EU-Beitritts. Dieses wird im nächsten Kapitel über die Standpunkte der polnischen Parteien gegenüber der Europäischen Union näher erörtert.

Zusammenfassend anhand der hier durchgeführten, aber nicht erschöpfenden Analyse der verschiedenen Aspekte der Europadebatte in Polen erscheint die Osterweiterung der Europäischen Union als ein bedeutender, aber auch spezifischer historischer Prozess, der sich auf das gesamte Leben in Polen in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht auswirkt. Viele Aspekte dieser Debatte unterscheiden sich sehr von den Debatten, die in den anderen EU-Mitgliedsländern oder EU-Beitrittsländern geführt worden sind. Andere Aspekte werden wiederum auch dort zu finden sein, auch wenn sie in einzelnen Bereichen mehr, in anderen weniger ausgeprägt sind. Die mit „Europa“ verbundenen Ängste erfassen Befürchtungen des Identitäts- und Souveränitätsverlustes, der Verwässerung nationaler Wertvorstellungen und der wirtschaftlichen Unterlegenheit. Die Hoffnungen beziehen sich auf wirtschaftliches Wachstum und größere Sicherheit (diese stehen an erster Stelle), aber auch auf den Erhalt europäischer Werte. Spezifisch polnisch bleibt erstens eine Unsicherheit hinsichtlich der Rolle der christlichen Werte, die so sehr die eigene kulturelle Identität prägen. Hiermit geht Hand in Hand eine Angst vor der Laizierung Polens sowie die Idee eines Polen als Motor der Christianisierung Europas, zweitens eine besondere Position, die Polen in der Sicherheitspolitik einnimmt.

Die Befürworter der EU-Mitgliedschaft Polens sehen in der Integration eine Chance für Polen nach Europa zurückzugelangen. Sie hoffen, die wiedergewonnene nationale Souveränität und Demokratie durch die Integration in westliche politische und Sicherheitsstrukturen zu festigen und

durch wirtschaftliche Kooperation die Modernisierung des Landes in Schwung zu bringen. Es wird nicht viel über die Rolle Polens innerhalb der Europäischen Union gesprochen<sup>196</sup>, mehr jedoch über eine aktive Rolle Polens bei der Ausformung des Einigungsprozesses in Europa, der auf christlichen Vorstellungen basiert. Für die Gegner hingegen ist die heutige EU eine die christliche Identität Europas und die polnische Souveränität gefährdende Struktur. Das ökonomische Hauptziel der Union bestehe in der Vernichtung der Wirtschaft Polens, um einen Absatzmarkt für EU-Produkte zu schaffen.

### 4.3. Das EU-Thema und die *cleavages*

Eine Integration mit der Europäischen Union wird allgemein mit Demokratisierung, Verwestlichung und Ökonomisierung gleichgesetzt. Somit steht idealtypisch die positive Einstellung zur EU in einem engen Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demokratischen Positionen. Die negative Einstellung zum EU-Beitritt ist mit nationaler und regionaler Unabhängigkeit und dem Widerstand gegen marktwirtschaftliche Globalisierung und Säkularisierung verbunden.

Diese Betrachtung des EU-Themas fällt direkt mit bedeutenden gesellschaftlichen Konfliktlinien zusammen, die bereits in Kapitel III-4.3. ausführlich diskutiert wurden: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung, Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft sowie konfessionell vs. säkular. Daraus ließe sich ableiten, dass die Position für kosmopolitische Öffnung und für freie Marktwirtschaft zu einer positiven, die für Traditionalismus und Staatsinterventionismus zu einer kritischen Betrachtung des EU-Beitritts führen sollten. In Bezug auf die dritte Konfliktlinie fallen eine universalistische Position und die Repräsentation der säkularistischen Position mit einer EU-positiven Einstellung zusammen, während nationalistische Autonomiebestrebungen und die Vertretung konfessioneller Interessen mit einer EU-kritischen Haltung einhergehen.

Stimmen diese von den *cleavage*-Strukturen abgeleiteten Positionen mit den tatsächlichen Einstellungen der polnischen politischen Parteien überein? Haben die existierenden politischen Spannungslinien eine Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Beitrittsfrage, und

---

<sup>196</sup> Die Häufigkeit und die rhetorische Kraft der Worte, derer sich man in Polen bedient, um die Beitrittsmotive vorzubringen, kontrastieren indessen stark mit der zugleich quantitativen wie qualitativen Armut ihrer Äußerungen über die Zeit nach dem Beitritt und über die Politik, die man eventuell als Mitgliedstaaten betreiben möchte. Es gibt in Polen so gut wie keine intellektuelle Debatte zu diesem Thema. Vielleicht erwächst aus der Befürchtung, die Offenlegung der polnischen Prioritäten und Interessen hinsichtlich der europäischen Integration könnte als eine Stellungnahme entweder zugunsten dieser oder jener oder aber gegen diese oder jene Vision der Zukunft der Europäischen Union, wie sie derzeit innerhalb der EU insbesondere in Deutschland und Frankreich diskutiert werden, interpretiert werden. Oder aber liegt es am Mangel der konkreten Vorstellungen für die Zeit danach, nach dem Beitritt?

inwieweit besitzen die *cleavages* eine Aussagekraft für die Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU-Integration Polens? Darauf richtet sich das zentrale Interesse dieser Arbeit. Um herauszufinden, ob auf Grund der gesellschaftlichen Spaltungen und Konflikte, die die Parteien repräsentieren, aggregieren und artikulieren, die Einstellung einer Partei zur EU-Integration erklärt werden kann, muss zunächst die empirische Erscheinungsform dargelegt werden, um sie anschließend der empirischen Analyse unterziehen zu können. Hierzu soll die Beschreibung der Parteienpositionen hinsichtlich der Europäischen Union folgen.